

Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ in Untersulmetingen Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat der Stadt Laupheim hat in der öffentlichen Sitzung am 14.06.2021 den vorgestellten Abwägungsergebnissen zu den Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit sowie aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprochen. In gleicher Sitzung hat der Gemeinderat den Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ und die dazugehörigen örtlichen Bauvorschriften gem. § 10 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 74 LBO als Satzungen beschlossen. Diese Beschlüsse werden hiermit gem. § 10 Abs. 3 BauGB und § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Das Plangebiet befindet sich auf der Gemarkung Untersulmetingen. Der Geltungsbereich beinhaltet Teilflächen der Flurstücke Nr. 480 (Murrstraße), 493/1, 513 (nördlicher Feldweg), 523, 524, 525 und 526.

Maßgebend sind die Planzeichnung sowie der Textteil mit planungsrechtlichen Festsetzungen, örtlichen Bauvorschriften und Begründung in der Fassung vom 15.02.2021. Der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften wurde im Verfahren nach § 13b BauGB i.V.m. § 13a BauGB zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren aufgestellt.

Der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften samt Begründung liegt zu jedermanns Einsicht im Rathaus der Stadt Laupheim, Marktplatz 1, 88471 Laupheim, Zimmer 308 bereit und kann dort während der Öffnungszeiten eingesehen werden. Weitere Auskünfte erteilt das Amt für Stadtplanung und Baurecht der Stadt Laupheim. Der rechtskräftige Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften und Begründung steht gem. § 10a Abs. 2 BauGB auch im Internet unter <http://stadtplanung.laupheim.de/BPL1/NAVI/LPH2.html> zur Verfügung.

Unbeachtlich werden nach § 215 Abs. 1 BauGB

1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Laupheim unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Gleiches gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a beachtlich sind.

Soweit der Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) zu Stande gekommen ist, gilt



er ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen (§ 4 Abs. 4 Satz 1 GemO). Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplans verletzt worden sind (§ 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 GemO), der Bürgermeister den Satzungsbeschlüssen nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt Laupheim unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist (§ 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 GemO). Ist eine Verletzung nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 GemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsschadensersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen im Fall der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile wird hingewiesen. Gemäß § 44 Abs. 4 BauGB erlischt ein Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit herbeigeführt wird. Hierfür bedarf es eines Antrags an den Entschädigungspflichtigen.

gez. Eva-Britta Wind, Erste Bürgermeisterin

Laupheim, 01.07.2021

